



SACHBERICHT



KAS EUROPABÜRO BRÜSSEL

„The Eastern Partnership – opportunities for Belarus“

Dinner-Roundtable mit Aliaksandr Milinkiewitsch am 1. Februar im Europabüro der Konrad-Adenauer-Stiftung

Im Mittelpunkt des Vortrags von **Aliaksandr Milinkiewitsch** standen die Auswirkungen der Politik der Östlichen Partnerschaft auf die aktuelle innenpolitische Lage in Belarus. Milinkiewitsch sprach sich wiederholt für einen verstärkten Dialog zwischen der EU und Belarus im Rahmen der Östlichen Partnerschaft aus und warnte vor einer (Selbst)Isolation seines Landes.

Nach Einschätzung Milinkiewitsch gibt es bereits zaghafte erste Reformbemühungen, als Konsequenz der neuen EU-Politik. Allerdings handele es sich um wirtschaftliche Reformen, die auch unter dem Eindruck der Wirtschafts- und Finanzkrise angegangen worden seien. Nach wie vor fehle eine politische Liberalisierung. Auf wirtschaftlicher Ebene zeichne sich auch eine Öffnung des Landes nach außen ab. So habe Belarus Verhandlungen über eine stärkere wirtschaftliche Kooperation mit den anderen Staaten der Östlichen Partnerschaft begonnen; ein weiteres Ziel sei die Stärkung der Kooperation mit Litauen, Lettland und Polen. Wirtschaftliche Reformen seien auch angesichts der zunehmend schlechteren Wettbewerbsfähigkeit dringend notwendig.

Als ersten Schritt auf dem Weg zu einer politischen Liberalisierung forderte Milinkiewitsch die Freiheit der Medien und gerade auch des Internets, welches seit diesem Monat verschärft kontrolliert werde. Politische Parteien und gewerkschaftliche Organisationen könnten nach wie vor nur unter sehr schwierigen Umständen arbeiten. Probleme gebe es insbesondere bei der Registrierung von Nichtregierungsorganisationen oder Parteien. Den Kommunalwahlen im April 2010 dieses Jahres maß Milinkiewitsch in diesem Kontext große Bedeutung zu. Allerdings habe die Regierung bereits zahlreiche Änderungen im Wahlgesetz zu ihren Gunsten vorgenommen. Sie versuche zudem, ihre eigenen Leute in die Wahlkommissionen zu schleusen. Entsprechend gebe es in diesen nur sehr vereinzelt Vertreter der Opposition. Milinkiewitsch rief deshalb zu einer gründlichen Beobachtung der Wahlen durch die EU auf. Für ihn wäre es insgesamt schon als Fortschritt zu werten, wenn in den Wahlkommissionen zumindest zu zehn Prozent Vertreter aus den Reihen der Opposition säßen. Er sprach sich allerdings dagegen aus, sich auf eine Mindestquote von Oppositionellen in den Stadträten und Parlamenten einzulassen. Notwendig seien schlicht freie, faire und gerechte Wahlen.

Für Milinkiewitsch eröffnet die Östliche Partnerschaft für Belarus den Weg zur Demokratisierung und gleichzeitig zur Wahrung der Unabhängigkeit des Landes. Der EU komme für die Demokratisierung und auch für die

SACHBERICHT
EUROPABÜRO BRÜSSEL
FEBRUAR 2010

www.eukas.eu

wirtschaftliche Modernisierung eine entscheidende Rolle zu. Deshalb müsse der Dialog zwischen der EU und Belarus fortgesetzt werden. Er betonte allerdings, dass die EU hier sowohl auf Dialog als auch auf Konditionalität setzen müsse. Basis müssten gemeinsame Werte sein. Konditionalität sollte auch bei der Gewährung internationaler Kredite gelten. Die Reformanstrengungen der Regierung im wirtschaftlichen Bereich, aber auch ein Sinneswandel in der Bevölkerung seien ein Zeichen der Hoffnung: Zum ersten Mal hätten sich in Umfragen mehr Menschen für eine stärkere Anlehnung an die EU als an Russland ausgesprochen.

Milinkiewitsch trat gleichwohl für gute nachbarschaftliche Beziehungen seines Landes zu Russland ein. Weite Teile der Bevölkerung - er schätzte 50-60 Prozent - würden eine Partnerschaft mit Russland befürworten, wollten jedoch nicht die Aufgabe der eigenen Souveränität. Nur ein sehr kleiner Teil der Bevölkerung spreche sich für einen Anschluss an Russland aus. Moskau betrachte die Teilnahme von Belarus an der Östlichen Partnerschaft mit Argwohn und werte diese – so Medvedev in 2009 – als Instrument für die Konsolidierung anti-russischer Politik. Entsprechend übe der Kreml konstant Druck auf Belarus aus. Die Northstream-Pipeline würde in Zukunft auch die Rolle von Belarus als Transitland deutlich schwächen. Deshalb sei eine flexible Politik der EU gegenüber Belarus notwendig.

Mit der Organisation des Internationalen Europäischen Forums im November 2009 verbinde sich der Versuch die pro-europäischen Kräfte zu einigen und zu stärken und somit der pro-europäischen Bewegung im Land ein Gesicht und eine Stimme zu geben. Es sei notwendig, den Bürgern Europa näher zu bringen, auch durch mehr Informationen über die europäische Integration und ihre Erfolge. Eines der Hauptziele sei die Konsolidierung der pro-europäischen Haltung in der Bevölkerung.

Für die zukünftige Entwicklung in Belarus skizzierte Milinkiewitsch drei mögliche Szenarien: Das optimistische Szenario geht von einer Einigung und Konsolidierung der demokratischen Kräfte aus, zuerst auf der kommunalen Ebene, danach auf der nationalen im Parlament. Dazu sei aber unbedingte Unterstützung durch die EU notwendig, ansonsten drohe dieser Bewegung die Marginalisierung. Das zweite Szenario bezeichnete Milinkiewitsch als drohende „Aserbaidshanisierung“. In diesem Fall werde es lediglich eine von der Regierung kontrollierte Scheinopposition geben. Eine solche Entwicklung bedeute für Belarus aber Stillstand. Milinkiewitsch schloss – als drittes Szenario – Unruhen als Konsequenz einer schweren wirtschaftlichen Krise nicht aus. Diese würden allerdings keine von der demokratischen Opposition angeführten Aufstände, sondern chaotische Proteste sein. Solche Revolten führten in den seltensten Fällen zur Demokratisierung, sondern brächten gefährliche Populisten an die Macht. Sie könnten auch eine Gefährdung der Unabhängigkeit von Belarus zur Folge haben. Deshalb sei die Unterstützung der demokratischen Kräfte durch die EU auch für die Stabilität von Belarus notwendig und es müsse, anders als von Teilen der Opposition gefordert, der Dialog mit dem Regime in Minsk aufrechterhalten werden, allerdings unter Wahrung der Konditionalität. Als Indiz für die Richtigkeit dieser Politik wertete er auch die

anhaltende Nicht-Anerkennung Abchasiens und Südossetiens durch Belarus trotz immensen Drucks aus Moskau.

Der Vorsitzende der Belarus-Delegation des EP, **Jacek Protasiewicz**, betonte die Wichtigkeit eines engen Dialogs mit Belarus und zeigte die Parallelen zwischen Polen in den 80er Jahren und der aktuellen Situation in Belarus auf. Wie damals gegenüber Polen, so sei es auch heute gegenüber Belarus wichtig, dass der Westen mit einer Stimme spreche. Wie Milinkiewitsch zuvor, sprach sich auch Protasiewicz für die 5+5-Regelung bei der Zusammensetzung der Belarus-Delegation zur Euronest-Versammlung aus, die einen guten Kompromiss darstelle. Erneut zog Protasiewicz eine Parallele zur polnischen Geschichte: Die ersten Wahlen von 1989 seien ebenfalls nur halbfrei gewesen, gleichwohl habe das eine friedliche Evolution hin zu einer Demokratisierung eingeleitet. Ebenso seien damals in Polen sowohl die Regierung als auch die Opposition zwischen Hardlinern und Verhandlungsbereiten geteilt gewesen. Deshalb sei es wichtig, den Kontakt, den Dialog mit der Regierung sowie die Unterstützung der Opposition aufrechtzuerhalten.

Der Europaabgeordnete **Gunnar Hökmark** betonte zwei Unterschiede der aktuellen Lage in Belarus zur Situation in Polen in den 80ern: Zum einen habe man damals nicht das „polnische Beispiel“ gehabt. Zum anderen habe man nun aber das „ukrainische“. Im Rahmen des Demokratisierungsprozesses der Ukraine nach der Orangen Revolution habe es Europa verpasst, ein aktiver Partner im Demokratisierungsprozess zu sein. Das könnte ein abschreckendes Beispiel für den Transformationsprozess von Belarus sein.

In der Diskussion hob **Milinkiewitsch** hervor, dass die Regierung in Minsk kein monolithischer Block sei. Es gäbe sowohl Reformorientierte als auch Hardliner. Als „Reformer“ würden etwa der neue Chef der Präsidentialverwaltung Uladzimir Mikei oder eine Reihe von hochrangigen Personen in der Nationalbank von Belarus gelten. Die Hardliner seien nicht zwangsläufig in Polizei und Militär zu finden, sondern vielmehr unter der Führungsspitze der staatlichen Unternehmen, da letztere von der ausgebliebenen Liberalisierung von Wirtschaft und Politik am meisten profitiert hätte.

Die östliche Partnerschaft habe bereits zu Verbesserungen geführt. Die Anzahl der Verhaftungen sei spürbar gesunken. Die Repressalien seien nun jedoch verstärkt indirekter Natur. Auch habe sich die „Bewegung für die Freiheit“ nun registrieren lassen können. Dies bleibe einem Großteil der zivilgesellschaftlichen Organisationen allerdings auch weiterhin versagt.

Das EP müsse weiter auf einer gemischten Delegation zu Euronest bestehen, denn eine aus Regierungsvertretern und Oppositionellen zusammen gesetzte Delegation würde auch dem internen Dialog zwischen Regierung und Opposition dienen.

Milinkiewitsch räumte ein, dass ein Grund für die starke Stellung Lukaschenkas auch die Zersplitterung der Opposition sei. Die Bürger hätten mitunter Schwierigkeiten, eine Alternative zum aktuellen Präsidenten zu erkennen. In Gesprächen und Umfragen würden viele von ihnen sich zu

SACHBERICHT
EUROPABÜRO BRÜSSEL
FEBRUAR 2010

www.eukas.eu

einer Unterstützung für Lukaschenko bekennen, da sie weder personelle noch programmatische Alternativen zum aktuellen Präsidenten wahr nähmen. Ein Ziel sei es demzufolge, die Kräfte der Opposition zu bündeln und ein alternatives Programm herauszuarbeiten. In diesem Sinne sei das genannte Europäische Forum in Minsk im November letzten Jahres ein wichtiger Schritt gewesen. In der Bevölkerung seien tendenziell hoch ausgebildete, junge, städtische Bewohner mit Zugang zum Internet Befürworter eines pro-europäischen Kurses. Die Herzen der Bevölkerung könnte man dadurch gewinnen, dass man den grenzüberschreitenden Austausch auf allen Ebenen fördere, denn rund 60% der Bevölkerung seien niemals in einem EU-Land gewesen. Damit kritisierte er auch die bisherige Visa-Politik der EU.

Olaf Wientzek